Bundesgericht Tribunal fédéral Tribunale federale Tribunal federal

{T 0/2} 8C 812/2008

Urteil vom 26. Februar 2009 I. sozialrechtliche Abteilung

Besetzung

Bundesrichter Ursprung, Präsident, Bundesrichterin Leuzinger, Bundesrichter Maillard, Gerichtsschreiberin Durizzo.

Parteien

W._____, Beschwerdeführer, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Hans Ulrich Ziswiler, c/o Scholl Lienhard & Partner, Rechtsanwälte.

gegen

Schweizerische Unfallversicherungsanstalt (SUVA), Fluhmattstrasse 1, 6004 Luzern, Beschwerdegegnerin.

Gegenstand

Unfallversicherung,

Beschwerde gegen den Entscheid des Versicherungsgerichts des Kantons Aargau vom 27. August 2008.

Sachverhalt:

A.

W.______, geboren 1949, wurde am 14. März 2005 durch eine Eisentür, welche aufgestossen wurde, verletzt. Die Schweizerische Unfallversicherungsanstalt (SUVA) anerkannte ihre Leistungspflicht dem Grundsatz nach, stellte die gewährten Taggeldleistungen indessen mit Verfügung vom 31. August 2007 und Einspracheentscheid vom 14. Dezember 2007 per 1. August 2007 ein mit der Begründung, dass der Versicherte durch das Knieleiden in der Arbeitsfähigkeit nicht mehr eingeschränkt sei.

В.

Die dagegen erhobene Beschwerde wies das Versicherungsgericht des Kantons Aargau mit Entscheid vom 27. August 2008 ab.

C

W._____ lässt Beschwerde in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten führen mit dem Antrag, unter Aufhebung des angefochtenen Entscheides seien ihm auch über den 1. August 2007 hinaus Taggelder zuzusprechen, eventualiter sei die Sache zu weiteren Abklärungen an die SUVA zurückzuweisen.

Während die SUVA auf Abweisung der Beschwerde schliesst, verzichtet das Bundesamt für Gesundheit auf eine Vernehmlassung.

Erwägungen:

1.

Das kantonale Gericht hat die gesetzlichen Bestimmungen über den Anspruch auf Taggelder (Art. 16 UVG), über die dafür vorausgesetzte Arbeitsunfähigkeit (Art. 6 ATSG) sowie zum Beweiswert von Arztberichten und medizinischen Gutachten (BGE 125 V 351 E. 3 S. 352 ff., 122 V 157 E. 1c S. 160 ff. mit Hinweisen) zutreffend dargelegt. Darauf wird verwiesen.

	chwerdeführer macht im Wesentlichen geltend, er sei auch nach dem 1. August 2007 in beitsfähigkeit erheblich eingeschränkt gewesen.
abgestellt gegen die haben (Be Weiteren Stellungn % arbeits angeführt Abs. 1 Einsprack Invaliden unfallbedi med. J Arthrosko Menisceo rechten of Schulter I cervicoce 2004; kobehandeli nicht meh	chst wird gerügt, dass die Vorinstanz zu Unrecht auf die Einschätzung der SUVA-Kreisärzte thabe, welche eine vollumfängliche Arbeitsfähigkeit attestieren. Es spricht indessen nicht e Beweiskraft der betreffenden Stellungnahmen, dass anstaltsinterne Ärzte sie verfasst GE 125 V 351 E. 3b/ee S. 353 f., AHI 2001 S. 112 [I 128/98] E. 3b/ee mit Hinweisen). Des vermag die am 1. November 2007 zuhanden der Arbeitslosenversicherung abgegebene hahme des Hausarztes Dr. med. B, wonach der Beschwerdeführer dauernd zu 100 sunfähig sei, hier insofern nichts Relevantes beizutragen, als dafür keine Begründung wird. Nicht erst durch die letztinstanzlich von der SUVA eingereichten - mit Blick auf Art. 99 BGG fraglich zulässigen - Arztberichte, sondern schon aufgrund der bis zum heentscheid aktenkundigen medizinischen Stellungnahmen und der Akten der versicherung war indessen bekannt, dass der Beschwerdeführer auch wegen anderer, teils ingter, aber nicht durch die SUVA versicherter Leiden bei Dr. med. B und bei Dr in Behandlung stand (Unfall mit Unterschenkelfraktur, Datum nicht bekannt; popie mit lateraler etomie am linken Knie am 24. April 1997; Commotio cerebri, Jochbeinfraktur, Distorsion des oberen Sprunggelenks, Kontusion an Brust- und Lendenwirbelsäule sowie an der rechten bei einem Treppensturz am 20. August 2003; Sturz mit Commotio cerebri im Oktober 2004; Pohales Schmerzsyndrom; Depression mit somatischem Syndrom nach Unfall im Dezember ognitive Beeinträchtigungen; Aethylismus). Gegenüber der SUVA haben sich die nden Ärzte zu der allein durch den hier streitigen Unfall bedingten Arbeitsunfähigkeit zuletzt nr geäussert. Da der Versicherte im Übrigen umfassend abgeklärt wurde, war die SUVA auch alten, diesbezügliche weitere Vorkehren zu treffen.
2.2 Den v 8. Septe Einsprack (BGE 129	vom Beschwerdeführer eingereichten neuen Berichten des Dr. med. L vom 7. und ember 2008 ist über die Entwicklung des Gesundheitszustandes bis zum Erlass des heentscheides, welcher für die richterliche Überprüfungsbefugnis zeitlich massgebend ist 9 V 167 E. 1 S. 169), nichts zu entnehmen, weshalb die fraglichen Stellungnahmen hier nicht ksichtigen sind und offen gelassen werden kann, ob deren Einreichung zulässig war (Art. 99
Zwar hat sei durch zum Eir eingereich die gekla	en geltend gemachten Schulterbeschwerden hat sich die Vorinstanz zutreffend geäussert. der Beschwerdeführer anlässlich der Unfallmeldung angegeben, auch die rechte Körperhälfte die Eisentür getroffen worden; dass er sich dort jedoch verletzt hätte, ist in keinem der bis aspracheentscheid vorliegenden Arztberichte dokumentiert. Aus der letztinstanzlich hten Stellungnahme des Dr. med. L ergeben sich keine Anhaltspunkte dafür, dass agten Beschwerden durch den hier streitigen Unfall verursacht worden wären. Weitere gen sind daher nicht erforderlich.
seit dem Schmerze die Arthro lediglich Tätigkeit	den Akten geht schliesslich hervor, dass der Beschwerdeführer bezüglich des linken Knies Unfall auch nach zweimaliger Arthroskopie nie beschwerdefrei war und immer wieder wegen en und Schwellung seinen Hausarzt aufgesucht hat. Gemäss Dr. med. J, welcher oskopien am 10. November 2005 und am 9. Februar 2007 durchgeführt hat, waren jedoch noch jährliche Kontrollen erforderlich. Des Weiteren erachtete er eine leichte körperliche auch nach der zweiten Operation als zumutbar, was mit der Einschätzung der SUVA-e Dr. med. Y und Dr. med. R übereinstimmt.
werden. I Dr. med. körperlich zumutbar angestam angesicht Unternehi innehatte	gemäss wird geltend gemacht, die angestammte Tätigkeit könne nicht mehr ausgeübt Dem kann jedoch nicht beigepflichtet werden. Gemäss Einschätzung von SUVA-Kreisarzt R war aufgrund der klinischen Untersuchung am 16. Oktober 2007 eine leichte, h wechselbelastende, überwiegend sitzende Tätigkeit, insbesondere Bürotätigkeit, ganztägig (mit der Möglichkeit, bei Bedarf das Bein hoch zu lagern). Inwiefern dies mit dem meten Beruf nicht vereinbar wäre, substantiiert der Beschwerdeführer nicht und ist ts seiner Angaben, wonach er als kaufmännischer Angestellter zuletzt bei einer mensberatung für Organisation und Informatik tätig war und dort beratende Funktion und für die Prozessoptimierung zuständig war, nicht ersichtlich. Damit ist davon nen, dass die angestammte Tätigkeit dem Knieleiden angepasst ist.

Das Verfahren ist kostenpflichtig (Art. 65 BGG). Die Gerichtskosten werden dem unterliegenden Beschwerdeführer auferlegt (Art. 65 Abs. 4 lit. a in Verbindung mit Art. 66 Abs. 1 BGG).

Demnach erkennt das Bundesgericht:

- Die Beschwerde wird abgewiesen.
- Die Gerichtskosten von Fr. 750.- werden dem Beschwerdeführer auferlegt.
- Dieses Urteil wird den Parteien, dem Versicherungsgericht des Kantons Aargau und dem Bundesamt für Gesundheit schriftlich mitgeteilt.

Luzern, 26. Februar 2009

Im Namen der I. sozialrechtlichen Abteilung des Schweizerischen Bundesgerichts Der Präsident: Die Gerichtsschreiberin:

Ursprung Durizzo